



**DaMOst**

Dachverband der  
Migrant\*innenorganisationen  
in Ostdeutschland



DaMOst e.V., Landesberger Straße 1, 06112 Halle (Saale)

THÜR. LANDTAG POST  
25.08.2023 10:56

22095/2023

Thüringer Landtag

Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2894

zu Drs. 7/8285

Halle (Saale), den 25.08.2023

**Stellungnahme des Dachverbandes der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. – DaMOst e.V. – zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Migrations- und Integrationsangelegenheiten**

Sehr geehrte Ministerialrätin Ruffert,

sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 11.07.2023 und die Möglichkeit der Stellungnahme für den Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. – DaMOst e.V. – zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Migrations- und Integrationsangelegenheiten (im Folgenden Gesetzesentwurf).

DaMOst e.V. begrüßt grundsätzlich die Einrichtung einer neuen zentralen Behörde, das Amt für Migration und Integration (im Folgenden Amt). Die Bündelung von Zuständigkeiten sowie die Zusammenführung von Dienst- und Fachaufsicht sind wichtige Schritte, um strukturelle, organisatorische und prozessbestimmte Hürden abzubauen. Wir sehen in der Schaffung des Amtes eine große Chance, um Abläufe zu beschleunigen, Zusammenarbeit zu verbessern und die Situation Geflüchteter zu verbessern.

Generell werden in § 1 des Gesetzesentwurfes nach Auffassung von DaMOst e.V. umfassende Zuständigkeiten beziehungsweise Aufgaben des Amtes erfasst. In Bezug auf die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sollte im Amt das



**DaMOst e.V., Landesberger Straße 1, 06112 Halle (Saale)**

Personalmanagement eine bedeutende Rolle spielen. Neu eingestelltes Personal sollte die persönliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminierung und Diversität nachweisen können. Personen mit rechtsextremer bzw. rassistischer Gesinnung dürfen weder im Amt noch in dem ihm weisungsbefugten Einrichtungen arbeiten.

Das im Amt beschäftigte Personal, insbesondere auch Führungspersonal, sollte zusätzliche fachliche sowie individuelle Qualifikationen in den Bereichen Antidiskriminierung und intersektionale Sensibilität erwerben oder nachweisen. Diese umfasst u. a. Antidiskriminierung aufgrund von biologischem Geschlecht, Gender, Klassismus, sexueller Orientierung und allen weiteren Kategorien. Personen mit eigener Migrationsgeschichte bzw. intersektionalen Betroffenheiten von Diskriminierung sollten stärker im Amt vertreten sein, auch in Führungspositionen. Wünschenswert sind außerdem Qualifikationen in den Bereichen Konfliktmanagement und Mediation sowie Sprachkenntnisse.

Auf institutioneller Ebene des Amts sollte aus Sicht des DaMOst e.V. eine interkulturelle Öffnung als Rechtsanspruch festgeschrieben und umgesetzt werden. Diese geht über das Personalmanagement hinaus und umfasst z. B. die Rahmenbedingungen für interkulturell sensibles Handeln der Mitarbeitenden sowie organisatorische Veränderungen, um die Zugangsbarrieren für Migrant\*innen zu den sozialen Dienstleistungen zu verringern. Ein Konzept der interkulturellen Öffnung sollte u. a. festschreiben, dass Sprachbarrieren verringert werden, indem mehrsprachiges und interkulturell kompetentes Personal oder Sprachmittler\*innen eingesetzt werden, dass Schreiben des Amtes und anderer Behörden in einfacher Sprache verfasst werden und dass wichtige Informationen über bürokratische Abläufe, Rechte und Pflichten sowie externe Unterstützungsangebote den Geflüchteten mehrsprachig und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden. Die Transparenz über Zuständigkeiten und Ansprechpersonen des Amts und beteiligter Behörden und Einrichtungen für Geflüchtete und Außenstehende erachtet DaMOst e.V. als sehr wichtig. Auch sollen Geflüchtete über Möglichkeiten unabhängiger Asylverfahrensberatung informiert werden.

Hinsichtlich der Erstaufnahmeeinrichtungen ist eine Erfassung dieser im Gesetzesentwurf sinnvoll. Für alle Erstaufnahmeeinrichtungen sollten Mindeststandards festgeschrieben werden, welche regelmäßig überwacht werden. Es braucht eine konkrete Formulierung von humanitärer Aufnahme und angemessener menschenwürdiger Versorgung der Personen. Ein



DaMOst e.V., Landesberger Straße 1, 06112 Halle (Saale)

Monitoring der finanziellen, materiellen sowie personellen Ausstattung sollte stattfinden, um flexible Anpassungen zu ermöglichen und die Qualität zu sichern.

Besonders schutzbedürftige Personen wie Schwangere, Menschen mit Behinderungen, Menschen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, Alleinstehende mit Kindern, Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, ältere Menschen und weitere müssen bei ihrer Ankunft erfasst werden und entsprechend geschützt werden.

Auch sollten bestehende familiäre Beziehungen und Freundschaften der Geflüchteten berücksichtigt werden bei Aspekten wie der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie der Verteilung auf Landkreise und kreisfreie Städte, auch da diese eine erfolgreiche Integration maßgeblich fördern können. Es wäre wünschenswert, die Möglichkeit der privaten Unterbringung zu eröffnen bzw. zu erleichtern.

Das Amt sollte regelmäßig zusammenarbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Migrant\*innenselbstorganisationen, Beratungsstellen, Sprachmittler\*innen und Sprachschulen, welche ihre Dienstleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen anbieten.

DaMOst e.V. begrüßt die Schaffung einer zentralen Ausländerbehörde für die Bearbeitung von Visumanträgen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Fachkräften und für beschleunigte Fachkräfteverfahren. Hier bietet sich unter Umständen die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Verbänden der Wirtschaft und Arbeitgeberern an. DaMOst stellt sich gegen eine pauschale Unterscheidung von Geflüchteten nach Kriterien des Arbeitsmarkts und wünscht beschleunigte Verfahren für alle Personen.

DaMOst befürwortet eine nachhaltige Projekt- und institutionelle Förderung von unabhängigen Beratungs- und Integrationsangeboten. Besonders sollten Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO) gefördert werden, welche Angebote in diesen Bereichen entwickeln. MSO haben sich selbst aus einer Betroffenenperspektive entwickelt und oft starke fachliche, interkulturelle und sprachliche Kompetenzen. Zudem haben sie direkten Zugang zu vor Ort wohnhaften Mitgliedern der Communities von Geflüchteten, was deren Integration deutlich erleichtert und beschleunigt.



**DaMOst e.V., Landesberger Straße 1, 06112 Halle (Saale)**

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer DaMOst e.V.

DaMOst e.V.  
Landesberger Straße 1  
06112 Halle/Saale  
Tel. 0345/68686428  
info@damost.de



**DaMOst e.V., Landesberger Straße 1, 06112 Halle (Saale)**

### **Hintergrundinformationen:**

Der Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland – DaMOst e.V. – vernetzt die Landesverbände der Migrant\*innenorganisationen in den fünf neuen Bundesländern, die über 370 Migrant\*innenorganisationen auf Landes- und Bundesebene vertreten.

Unter einem gemeinsamen Dach kooperieren die fünf ostdeutschen Landesverbände der Migrant\*innenorganisationen (MOs): Der MIR e.V. im Bundesland Brandenburg, MigraNetz Thüringen e.V., migranet MV im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, DSM e.V. im Bundesland Sachsen sowie LAMSA e.V. im Bundesland Sachsen-Anhalt.

DaMOst e.V. versteht sich als legitimer und kompetenter Gesprächspartner gegenüber den Akteur\*innen der Landes- und Bundespolitik sowie allen relevanten Organisationen auf Bundesebene und als Mitgestalter der Gesellschaft.

DaMOst e.V. stärkt die Handlungsfähigkeit der Landesnetzwerke und bündelt die Ressourcen und die Potentiale der MOs, die für das Gemeinwesen von außerordentlicher Relevanz sind.